5. "No Foreign Wars": Vom Münchener Abkommen bis zur Wiederwahl Roosevelts im November1940

Bis 1939 nahmen die CIO-Gewerkschaften die Aggressionen Japans und der faschistischen Staaten zwar mit Besorgnis und Abscheu zur Kenntnis, doch der Tenor aller außenpolitischen Stellungnahmen war, daß die USA sich so weit wie möglich aus den Auseinandersetzungen heraushalten sollten. Außenpolitische Themen waren - wie vorab beschrieben - nicht Gegenstand kontroverser Debatten, auch wenn es unterschiedliche Meinungen bei der Bewertung internationaler Entwicklungen gab. Internationale Konflikte hatten – noch – eine geringe politische Sprengkraft in den USA, weil eine Mehrheit der Amerikaner – und auch der gewerkschaftlich organisierten Amerikaner - der Ansicht war, man könne sich aus diesen unmoralischen Händeln heraushalten.⁶⁹

Dies begann sich erst 1939 zu ändern. In der Zeit nach dem offensichtlichen Scheitern des Appeasement kristallisierten sich innerhalb des CIO drei Fraktionen heraus, deren Konturen zwar schon vorher erkennbar waren, die sich aber angesichts der sich zuspitzenden Krise immer mehr voneinander entfernten.⁷⁰

Die drei Fraktionen innerhalb des CIO

Isolationisten

Der einflußreichste Sprecher der isolationistischen Fraktion innerhalb des CIO war John L. Lewis, Präsident der United Mine Workers und des CIO.

Vgl. Divine, Robert A.: The Reluctant Belligerent. American Entry into World War II. Knopf, New York 1979 (2nd. ed.), pp. 77-78.

Die drei Kategorien "Isolationisten", "Rechte" bzw "Sozialdemokraten" und "Linke" bzw. "Kommunisten" sind zwar gemischt aus dem Bereich der Innen- und der Außenpolitik, was auf den ersten Blick als unscharfe Analyse erscheinen mag, ergibt aber dennoch Sinn: Die jeweiligen Kategorien bezeichnen die *Konstante* im politischen Verhalten der jeweiligen Gruppe. Die revisionistische Forschung nimmt zwar die drei Strömungen ebenfalls zur Kenntnis, unterschlägt aber die Sowjetunion-Hörigkeit des linken Flügels, s. Lenburg, CIO, p.12

Lewis hatte den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg befürwortet, sich aber gegen den Beitritt zum Völkerbund gewandt. Er stand bis zum New Deal der Republikanischen Partei nahe. Mitte der dreißiger Jahre war er, wie viele andere Amerikaner auch, zu der Überzeugung gelangt, daß der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg ein Fehler gewesen sei und auf die verschwörerischen Machenschaften von Munitionsfabrikanten und Bankern zurückzuführen sei. Eine Sicht der Dinge, die als "conspiratorial" und "provincial" beschrieben worden ist, die aber der Wahrnehmung weiter Teile der amerikanischen Öffentlichkeit entsprach.⁷¹

Linker Flügel

Die außenpolitische Haltung des linken Flügels des CIO war im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht von der Außenpolitik der Sowjetunion zu unterscheiden war. Bis zum Hitler-Stalin-Pakt favorisierte die Linke eine antifaschistische Einheitsfront zur Eindämmung Deutschlands, Italiens und Japans, mithin auch eine aktive Politik der USA. Nach August 1939 wurde sie zunächst strikt isolationistisch, schwenkte aber zwei Jahre später um und forderte nach dem Überfall auf die Sowjetunion vehement den amerikanischen Kriegseintritt an der Seite der UdSSR. Es wird geschätzt, daß ungefähr 40 % der CIO Gewerkschaften ganz oder teilweise unter der Kontrolle des linken Flügels waren, darunter die UAW, UEW und die Transport Workers. Der Chefredakteur der *CIO News*, Len DeCaux, zählte sich zum linken Flügel.⁷²

Rechter Flügel

Der rechte, sozialdemokratische Flügel der CIO folgte in etwa der außenpolitischen Linie der Roosevelt-Administration, wobei er zu Zeiten isolationistische wie internationalistische Positionen vertrat. Nach 1939 befürwortete die Rechte in immer stärkerem Maße amerikanische Hilfe für die Alliierten. Die Vertreter der Rechten waren in der Regel Demokraten, Anhänger Roosevelts und scharfe Kritiker der Kommunisten innerhalb des CIO. Die

⁷¹ So Zieger: *CIO*. p.103.

⁷² Lenburg, *CIO*, p.12

prominentesten Vertreter des rechten Flügels waren Sydney Hillman und Philip Murray. Hillman war maßgeblich am Aufbau der Amalgamated Clothing Workers of America beteiligt, eine der bestorganisierten Gewerkschaften in den USA. Er war zusammen mit John Lewis einer der Gründer der CIO. Als in den Monaten vor Kriegseintritt die Organisation der Verteidigungsanstrengungen immer wichtiger wurde, wandte sich Roosevelt an Hillman mit der Bitte um Unterstützung. Im Mai 1940 berief Roosevelt Hillman in die National Defense Advisory Commission (NDAC), deren Aufgabe es war, die Verteidigungsproduktion zu koordinieren. Hillmann war der Ansicht, daß die Interessen der Arbeitnehmer und die nationalen Interessen durchaus übereinstimmten. Er betrachtete sein öffentliches Amt in der NDAC als eine Möglichkeit, das Interesse der Gewerkschaften zu vertreten und die Situation der Arbeitnehmer zu verbessern. Philip Murray war zunächst unter Lewis Vizepräsident der UMW und baute das SWOC auf, das Steel Workers Organizing Committee, eine Organisation, die für die CIO von zentraler Bedeutung war. Murray war in Schottland geboren, gläubiger Katholik und eng mit der Demokratischen Partei verbunden.

Der deutsche Überfall auf Polen

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Großbritannien - das am 25. August einen Beistandspakt mit Polen geschlossen hatte - und Frankreich forderten ultimativ den Rückzug der deutschen Truppen und erklärten Deutschland nach Ablauf einer Frist am 3. September den Krieg. Am 17. September begannen russische Truppen den Osten Polens zu besetzen. Grundlage dafür war das Geheimprotokoll zum Hitler-Stalin Pakt, das die deutschen und russischen Einflußsphären in Osteuropa definierte. Einen Tag darauf kapitulierte die polnische Armee. In der Reichstagsrede vom 6. Oktober bot Hitler den Alliierten einen Frieden auf der Grundlage des *status quo* an. England und Frankreich lehnten dies kategorisch ab.

Die CIO-Convention im November 1939

Vor diesem außenpolitischen Hintergrund fand die zweite Convention des CIO statt. Lewis ließ keinerlei Zweifel an seiner Haltung. Bereits Wochen zuvor hatte er auf einer Sitzung des CIO *Executive Board* seinen Rücktritt angedroht, falls man ihm nicht freie Hand bei der außenpolitischen Standortbestimmung des CIO lasse. Daraufhin verabschiedete das *Executive Board* eine Reihe von Resolutionen, in denen eine amerikanische Verwicklung in den europäischen Krieg abgelehnt und die Administration aufgefordert wurde, sich innenpolitischen Problemen zuzuwenden. Kritik an seiner Haltung duldete Lewis nicht, der auch sonst nicht für seine Nachsichtigkeit bekannt war. John Brophy, der es sich leistete, die Resolutionen vor dem Hintergrund der außenpolitischen Ereignisse - immerhin der Kollaps des europäischen Mächtesystems - zu kritisieren, wurde von Lewis umgehend entlassen.⁷³

Die gesamte Convention des Jahres 1939 trug Lewis' isolationistischen Stempel. Die Gewerkschafter seien - wie auch die überwältigende Mehrheit aller Amerikaner - gegen jede amerikanische Teilnahme am europäischen Krieg, erklärte Lewis in seiner Begrüßungsrede. Der Schutz der "free institutions under our flag", zu dem die Gewerkschaften jederzeit bereit seien, erfordere dies nicht. Die Betonung von Patriotismus und Loyalität zieht sich durch die gesamte außenpolitische Debatte. Lewis beteuert in Anlehnung an Woodrow Wilson, die Gewerkschafter seien "Americans in principle, in thought and in action". In der Resolution zum Krieg in Europa heißt es, die Gewerkschaften seien jederzeit bereit, die USA, "the greatest democracy on earth", zu verteidigen - allerdings nur "against foreign invasion".⁷⁴

_

S. John Brophy. A Miner's Life.: U. of Wisconsin Pr., Madison 1964, p.282; Lenburg, CIO, p.40

Daily Proceedings of the Second Constitutional Convention of the Congress of Industrial Organizations (Conv. Proc.), 1939, p.17; Conv. Proc. 1939, p.6

Ein immer wiederkehrendes Argument in der Debatte war die ursächliche Verknüpfung von Frieden einerseits und sozialer Gerechtigkeit andererseits - ein deutliches Echo der Argumente von Senator Nye. "Labor's answer to the tragic war in Europe", hieß es in der Resolution zum Krieg, "must be the preservation of peace in the Western Hemisphere...and the extension of the social and economic gains achieved during the past six years." Der Hinweis auf die sozial- und tarifpolitischen Forderungen des CIO zog sich wie ein *ceterum censeo* durch sämtliche außenpolitische Stellungnahmen. Darüber hinaus - so der allgemeine Konsens - müsse die Arbeiterschaft am schwersten unter einem Krieg leiden: "In war", so Lewis, "labor must perform most of the work and do most of the dying."

Einhellig wurde *cash-and-carry*, die Neutralitätspolitik Roosevelts begrüßt, denn sie sei "...based on the cardinal principle of keeping America out of war."⁷⁷ Doch auch in dieser Stellungnahme zur Außenpolitik rangierten die gesellschaftspolitischen Ziele des CIO weit vor allem anderen. "That", so der Funktionär Van Bittner in seiner Rede für die Annahme der Resolution, "is the primary purpose of the Congress of Industrial Organizations: To organize the unorganized workers in America."

Das Anliegen des CIO war klar: Die Fortsetzung des gesellschaftlichen Reformprogrammes des New Deal sollte absolute Priorität geniessen. Dies sei am besten möglich, wenn die USA sich aus dem europäischen Krieg heraus hielten. Interessant ist, daß Lewis zwar eine strikte Neutralität der USA forderte, gleichzeitig aber einklagte: "Labor demands and must be accorded its rightful consideration in any emergency which affects national interest." Lewis war offensichtlich kein Pazifist; der europäische Krieg stellte lediglich für ihn keine

⁷⁵ Conv. Proc. 1939, p.5

⁷⁶ *Conv. Proc.* 1939, p.18

Conv. Proc. 1939 p.5; auch Lewis und Bittner begrüßen Roosevelts Politik. Conv. Proc. 1939, p.18; Conv. Proc. 1939, p.7

⁷⁸ *Conv. Proc.* 1939, p.18

Bedrohung des nationalen Interesses der USA dar. Im übrigen war sein Hauptanliegen die weitestmögliche Beteiligung des CIO an gesellschaftspolitischen Entscheidungen.

Auffällig ist, daß eine Wertung der Vorgänge in Europa, die über allgemeine Formeln hinausgeht, unterbleibt. Auffällig ist auch, daß eine Diskussion darüber, unter welchen Bedingungen der Krieg das amerikanische nationale Interesse berührt, ebenfalls nicht geführt wurde. Dies erklärt sich mit der Tatsache, daß seit dem Hitler-Stalin-Pakt ein tiefer Graben zwischen Linken und Rechten in der CIO überbrückt werden mußte. Während die Linke vor dem Pakt eine aktive Unterstützung der Westalliierten gegen Hitler gefordert hatte, war sie nun auf einmal strikt isolationistisch. Eine Diskussion über die möglichen weiteren Entwicklungen in Europa hätte zweifelsohne nicht ohne die Erwähnung der unrühmlichen Rolle der Sowjetunion stattfinden können, die mit Hitler bei der Zerschlagung Polens gemeinsame Sache machte. Die Linke, die der Außenpolitik Stalins bei jeder Wendung folgte, wäre in einen schweren Rechtfertigungsdruck geraten. In der Rechten war eine isolationistische Grundhaltung offensichtlich noch so präsent, daß man die Haltung der Linken solange nicht in Frage stellen wollte, wie man auch für eine strikte Neutralitätspolitik war.

Es liegt nahe, zu vermuten, daß darüber hinaus noch ein weiteres Phänomen eine Rolle spielte: Polen war überrannt und aufgeteilt, doch der Krieg zwischen den Westalliierten und Deutschland ließ noch auf sich warten. Noch mochte man hoffen, daß die Situation nicht so bedrohlich eskalierte, daß die USA Stellung beziehen mußten - auch wenn vieles dafür sprach.⁷⁹

Widerspruchsfrei sind Lewis' Haltung und die des CIO jedoch nicht. Lewis bat die Delegierten, die Abschaffung der Waffenembargo-Klauseln der Neutralitätsgesetze zu unterstützen. Wenn ihm das Beispiel des Ersten

Divine, Robert A.: *The Reluctant Belligerent. American Entry into World War II.* Knopf, New York 1979 (2nd. ed.), p.78

Weltkrieges vor Augen war, hätte er wissen müssen, daß bei einer weiteren Eskalation des Krieges in Europa, die nun mehr als wahrscheinlich war, die USA nicht lange neutral bleiben würden können. Dies galt in besonderem Maße für den immer wahrscheinlicher werdenden Fall, daß die USA die Alliierten nicht nur mit nicht-militärischen, sondern auch mit Kriegsgütern versorgen würden. Lewis durchschaute offensichtlich weder die Dynamik der außenpolitischen Ereignisse noch die beabsichtigte Änderung der Neutralitätsgesetze. Gleichzeitig mochte es ihm zu diesem Zeitpunkt noch opportun scheinen, die Administration zu unterstützen.

Der Präsidentschaftswahlkampf von 1940

Das Jahr 1940 brachte das Zerwürfnis zwischen dem autokratisch den CIO lenkenden Gewerkschaftsboss Lewis und dem trotz vielerlei Schwierigkeiten die politische Bühne dominierenden Präsidenten Roosevelt. Der Bruch hatte sich bereits kurz nach der Wahl von 1936 angekündigt, als Roosevelt im GM-Sit-Down Streik es ablehnte, offen für die Automobilarbeiter Partei zu ergreifen. Stattdessen hatte er den Anschein der Unparteilichkeit gewahrt, indem er den Streitparteien "a plague on both your houses" wünschte. Lewis verlangte öffentlich unter Hinweis auf die Wahlkampfbeiträge des CIO eine Intervention des Präsidenten zugunsten der Streikenden:

"It ill behooves one who has supped at labor's table and who has been sheltered in labor's house to curse with equal fervor labor and its adversaries when they become locked in deadly embrace." 80

Roosevelt reagierte nicht. Politisch angeschlagen durch den *court-packing plan*, wollte er sich nicht dem Vorwurf aussetzen, er sei Lewis' Befehlsempfänger. Dies hätte gleichzeitig die ohnehin schon skeptische

Mc Farland: "Coalition of Convenience" in: *Labor History* vol.13, Summer 1972, No. 3, p.407

Geschäftswelt, aber auch die mit dem CIO konkurrierende AFL der Administration entfremdet.⁸¹

Roosevelt verlangsamte das Reformprogramm nach den Kongreßwahlen 1938, in denen die konservativen Gegner des New Deal beträchtliche Gewinne erzielten. 1940 war die gesellschaftliche Reformpolitik zu einem kompletten Halt gekommen. Lewis' Unzufriedenheit mit dem reformpolitischen Stillstand wuchs. Rejier 1939 kamen bis auf den Fair Labor Standards Act keine nennenswerten New Deal Programme durch den Kongreß. In den Jahren 1938 und 1939 forderte Lewis in drei nicht-öffentlichen, dafür aber umso offeneren Schreiben Roosevelt auf, per executive order die Vergabe von Regierungsaufträgen an Firmen, die vom NLRB des Verstoßes gegen den Wagner Act für schuldig gehalten wurden, zu untersagen. Roosevelt, zu dieser Zeit unter Druck durch die sogenannte Roosevelt recession und den Stimmengewinn der Republikaner in der Wahl von 1938, lehnte dies unter Hinweis auf den Kongreß ab. Eine executive order biete eine zu dünne legale Basis für ein solches Vorgehen; eine solche Entscheidung müsse vom Kongreß getroffen werden. Rooseveln.

Auch auf dem Feld der Außenpolitik bahnte sich eine Kollision der beiden an. Lewis kam nach der Änderung der Neutralitätsgesetze (die er im November 1939 auf der Convention des CIO noch befürwortet hatte) mehr und mehr zu der Ansicht, Roosevelt wolle das Land absichtsvoll in den Krieg steuern. 84 Diese Befürchtung und die Bekanntschaft mit einem windigen amerikanischen Geschäftsmann, William Rhodes Davis, deren Wurzeln nach wie vor im Dunkeln liegen, ließen Lewis - wissentlich oder unwissentlich - zum Mitspieler

81 ibid, p. 405

⁸² Kenneth G. Crawford: "The Lewis-Roosevelt Feud" in: Nation, Feb.24, 1940

Ross, Hugh: "John L. Lewis and the Election of 1940" in. *Labor History* vol.17, Spring 1976, p.161 (Ross, *Lewis*)

Mc Farland: "Coalition of Convenience" in: *Labor History* vol.13, Summer 1972, No. 3, p. 413

in einer von der deutschen Regierung finanzierten Propagandakampagne werden. 85

Die Davis - Göring Connection

Der Ölhändler Davis, dessen lukrativer Handel mit der Verschiffung und Raffinierung mexikanischen Erdöls für Deutschland durch den Kriegsausbruch in Europa abrupt beendet wurde, entwarf einen Plan, der vorsah, daß durch Roosevelts Vermittlung ein Verhandlungsfrieden in Europa zustande kam. Diesen Plan kabelte er an einen Beamten im Reichswirtschaftsministerium, Joachim Hertslet (sic!)⁸⁶, der ihn Göring vorlegte. Göring zeigte sich sehr interessiert. Lewis rief nun persönlich im Weißen Haus an, um ein Gespräch zwischen Davis und Roosevelt zu vereinbaren. In diesem Gespräch, am 15. September 1939, stellte Davis einen Plan vor, demzufolge Roosevelt mit der Hilfe anderer neutraler Staaten die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch bringen sollte. Davis präsentierte sich als persönlicher Bevollmächtigter Herrmann Görings. Göring, so Davis, sei gegen einen Krieg mit England und Frankreich und wünsche einen Verhandlungsfrieden. Roosevelt blieb unverbindlich und erklärte, er könne nur aufgrund offizieller Anfragen der betrefffenden Regierungen als Vermittler auftreten.

Dies hinderte Davis nicht daran, weiterhin über John Lewis sein Anliegen vorzubringen. Lewis übermittelte dem Weißen Haus ein Telegramm Hertslets, der im Namen Görings die amerikanische Regierung darum bat, von jeglichen Änderungen in der existierenden Neutralitätsgesetzgebung abzusehen, bis Davis von seiner bevorstehenden Reise nach Europa zurückgekehrt sei.

Die Schilderung der Davis-Göring-Lewis Episode beruht auf Ross, *Lewis* p.164-167

Wahrscheinlich ist die Rechtschreibung des Namens in der amerikanischen Sekundärliteratur verballhornt worden. Da ich diese Vermutung noch nicht verifizieren konnte, bleibe ich bei "Hertslet".

Davis erreichte Berlin am 28. September 1939. Er konferierte mit Göring und vermittelte Göring den Eindruck, Lewis könne mit seinem politischen Gewicht allein den Ausgang der Wahl 1940 bestimmen. Ohne die finanzielle Unterstützung des CIO könne die Demokratische Partei die Wahl unmöglich gewinnen. Davis garantierte darüber hinaus Göring, daß Lewis gegen Roosevelt opponieren werde, falls dieser von einer strikten Neutralität abweiche. Zur Führung einer Propagandakampagne seien zunächst fünf Millionen Dollar nötig. Göring entgegnete darauf, daß die Wahl eines deutsch-freundlichen Präsidenten auch die Ausgabe von 150 Millionen Dollar rechtfertige. Mit dem Versprechen deutscher Unterstützung ausgestattet, sollte Davis seinen Einfluß bei Lewis nutzen, die Niederlage Roosevelts herbeizuführen, falls dieser sich nicht bereit erklärte, einen Verhandlungsfrieden auf der Grundlage der deutschen Forderungen zu vermitteln.

Roosevelt weigerte sich jedoch trotz Lewis' Bitten, den Ölhändler mit den guten Verbindungen zur deutschen Regierung zu empfangen. Lewis wurde mit einem Treffen mit Assistant Sec. of State Adolph Berle abgefunden, konnte aber auch diesen nicht von dem Davis-Plan überzeugen. Das Treffen endete im Streit und unter Drohungen von Lewis, der offensichtlich verärgert war, daß Roosevelt Davis nicht empfangen wollte. Der Präsident, so Lewis mit warnendem Unterton, könne die Unterstützung des CIO im Wahlkampf nicht als selbstverständlich voraussetzen.

Zum offenen Bruch zwischen Roosevelt und Lewis kam es im Januar 1940. In der jährlichen Vorstellung des Budgetplanes der Administration schlug FDR Budgetkürzungen zwischen 15 und 33 % bei den wichtigsten *New Deal* Programmen vor und gleichzeitig eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um 40 %. Die Kürzungen, besonders bei den Beschäftigungsmaßnahmen, lösten heftige Proteste nicht nur bei den betroffenen Arbeitnehmern und

Gewerkschaften, sondern auch bei den Kommunen und Städten aus, deren finanzieller Spielraum ohnehin nur gering war.⁸⁷

Auf diesem Hintergrund holte Lewis zu einem ersten öffentlichen Schlag gegen FDR aus. Auf der Convention der UMW beklagte er den angeblichen Zusammenbruch der Kommunikation zwischen Arbeitnehmerschaft und Administration. Mehr noch: die Gewerkschaften hätten "no point of contact with the democratic administration in power." Roosevelt möge zwar schlaflose Nächte haben "worrying over the problems of Europe and Asia", aber dies bringe keinen Bergmann in Lohn und Brot. Lewis erinnerte daran, daß die Unterstützung durch die Gewerkschaften maßgeblich zur Roosevelts Wahl beigetragen hatten und daß die Arbeitnehmer nun auch ein Recht auf Erfüllung ihrer Ansprüche hätten. Dann kam die entscheidende Aussage. Falls FDR sich um eine dritte Amtszeit bewerbe, werde er eine "schmähliche Niederlage" ("ignominious defeat") hinnehmen müssen.⁸⁸

Das war eine klare Absage an Roosevelt und wurde schon damals als ein Versuch bewertet, aus der New Deal-Koalition auszuscheren und wieder "balance-of-power politics" nach voluntaristischem Muster zu machen. Auch wenn Lewis weder die CIO-Wählerschaft war, noch nach Gutdünken über sie verfügen konnte, wie dies ein weitsichtiger Beobachter feststellte, so ging doch von dieser Absage eine nicht unwesentliche Bedrohung für Roosevelt aus.⁸⁹

Third Party?

Lewis wollte es keineswegs auf einer bloßen Ablehnung Roosevelts beruhen lassen, sondern seinen politischen Einfluß aktiv gegen den Präsidenten geltend machen. Zunächst versuchte er, im Frühjahr 1940 eine Koalition aus reformorientierten Klientelgruppen des New Deal zusammenzustellen und so

⁸⁷ Ross, *Lewis*, p. 167-169

Der Text der Rede in: New York Times, 25. Januar 1940.

⁸⁹ T.R.B.: "Does Papa Love Mama?" in. *The New Republic*, Jan. 12, 1940, pp.210-211

innerhalb der New Deal-Koalition die Gewichte zu verschieben. Dabei griff er Roosevelt immer wieder in äußerst scharfer Form an. 90 In einer Rede vor dem *National Youth Congress* lud er eine Reihe von Organisationen, darunter den *National Negro Congress*, die NAACP und die *Townsend Plan Convention* ein, gemeinsam mit der LNPL ein politisches Aktionsprogramm zu erstellen. Dabei drohte er offen mit der Bildung einer Dritten Partei:

In the event the Democratic Party does not nominate a candidate for President, or adopt a program satisfactory to labor and the common people of the country, I shall ... espouse and urge upon the various organizations the assembling of a great delegate convention ... to see wether mere machine politics is going to be more powerful and more controlling than the voice of the citizens of the land.⁹¹

Hätte Lewis eine Koalition aus *American Labor Party, National Farmers' Union*, den Organisationen der *African Americans*, der UMW und den vier Millionen CIO-Gewerkschaftern in den industriellen Ballungszentren und den Farmern des Mittelwestens herstellen und zusammenhalten können, so hätte dies eine eindrucksvolle Herausforderung innerhalb der Demokratischen Partei oder als Dritte Partei dargestellt.

Lewis' Bemühungen waren allerdings selbst innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nicht sonderlich erfolgreich. Dies zeigte sich indirekt selbst bei den *United Mine Workers*. Die Minenarbeiter folgten zwar Lewis und beschlossen, Roosevelt nicht im Wahlkampf zu unterstützen, doch dies war offensichtlich mehr auf ihre Loyalität gegenüber Lewis zurückzuführen und nur in begrenztem Maße Ausdruck einer politischen Gegnerschaft zu Roosevelt. Dies zeigte sich daran, daß im Anschluß an Lewis' berühmte "ignominious defeat"-Rede die beachtliche Zahl von 47 Resolutionen erst einmal zurückgezogen werden mußten, in denen die Wiederwahl Roosevelts gefordert wurde. 92

⁹⁰ Ross, *Lewis* p.170

⁹¹ Zit. nach: a.a.O.

⁹² ibid., p.169

In anderen Gewerkschaften war das Echo noch weniger enthusiastisch. Die *Amalgamated Clothing Workers* empfingen auf ihrer Convention im Mai 1940 prominente New Dealer wie Senator Robert F. Wagner oder Sec. of Labor Frances Perkins weitaus herzlicher als John Lewis. Nach einer stundenlangen Demonstration von Roosevelt-Befürwortern in der Tagungshalle wurde eine Resolution verabschiedet, in der eine dritte Amtszeit Roosevelts befürwortet wurde. Lewis hielt sich in der überaus New Deal-freundlichen Atmosphäre des Kongresses zurück. Er äußerte sich nicht zur Frage einer dritten Amtszeit, stellte jedoch in seiner Rede eine Reihe pointierter Fragen zu den Auswirkungen der wachsenden Verteidigungsausgaben auf die Sozialgesetzgebung, auf *collective bargaining* und den Einfluß der organisierten Arbeitnehmer auf die Gestaltung des Verteidigungsprogrammes. Nur ein paar Tage später verkündeten die *International Ladies' Garment Workers*, eine der größten CIO-Gewerkschaften, ihre Unterstützung Roosevelts.⁹³

Viel weiter führten Lewis' Bemühungen zur Formung einer Anti-Roosevelt Koalition nicht. Das Vorhaben wurde viel zu spät in Angriff genommen und entgegen dem Anschein, den Lewis' Rhetorik hinterließ, mit wenig Entschlossenheit verfolgt. Von einem kühnen Plan zur Herausforderung Roosevelts, wie dies in der revisionistischen Sekundärliteratur gewertet wird, kann deshalb nicht die Rede sein. 94 Ein Journalist nannte Lewis' Rede vor dem American Youth Congress "extemporaneous" mit dem Klang einer "indignant spontaneity" und bezweifelte angesichts der öffentlichen Meinung die politische Weisheit des Beschlusses der UMW, die Vergabe von Krediten an Finnland abzulehnen. Finnland war am 30. November 1939 von der UdSSR überfallen worden. Lewis werde damit zur Integrationsfigur eines Bündnisses aus extremer Linker, "simon-pure isolationists", "peace advocates, and the militant laborites who regard foreign adventure, even though it is confined to peaceful assistance to belligerents, as a poor excuse for abandoning the home fight." Fraglich sei

⁹³ ibid., p.171

wie dies Lenburg darstellt, vgl. dagegen Lichtenstein, Nelson: *Labor's War at Home. The CIO in World War II.* Cambridge et al., Cambridge U. Pr. 1982, p. 42

jedoch, wohin Lewis dieses Bündnis führen wolle: sollte Roosevelt nicht zur Wahl antreten, sei es fast sicher, daß die Demokratische Partei einen konservativeren Kandidaten als Roosevelt nominieren werde, und, so der Journalist im Februar 1940, ein (nicht-progressiver) Republikaner sei in jedem Fall für Lewis unannehmbar. ⁹⁵ Legte man eine gesellschaftspolitische Analyse aus gewerkschaftlicher Sicht zugrunde, gab es zu FDR keine Alternative.

Entweder teilte John L. Lewis diese Analyse nicht, oder er legte diese Analyse nicht seinem politischen Handeln zugrunde. Auf jeden Fall setzte er alles daran, die Wiederwahl Roosevelts zu verhindern. Dabei spielten Lewis' Kontakte zu Davis wieder eine Rolle.

Mittlerweile waren zwei deutsche Gruppen von Diplomaten unabhängig voneinander mit der Beeinflussung der amerikanischen Wahl im Sinne des Deutschen Reiches befaßt. Eine davon wurde von niemand anderem als Davis geleitet. Ihm zur Seite stand Joachim Hertslet, Görings Vertrauter aus dem Reichswirtschaftsministerium. Die Aktivitäten dieser Gruppe wurden von Göring finanziert.⁹⁶

Lewis traf sich mehrfach mit den beiden. Die ergebnisreichste Konferenz war das Treffen am 26. Mai 1940. Lewis war hier mit Hertslet zu Gast in Davis' Wochenendhaus in Scarsdale, New York. Inzwischen hatten die deutschen Armeen außer Polen und der Tschechoslowakei auch die Niederlande, Belgien und Norwegen überfallen. Nach dem Krieg berichtete Hertslet, daß er persönlich Lewis von der Absicht Görings unterrichtete, Roosevelts Wiederwahl nach Möglichkeit zu verhindern. Lewis versprach daraufhin, sein volles Gewicht gegen Roosevelt einzusetzen, falls FDR nochmals nominiert werden sollte. Die Davis-Hertslet Entente ging jedoch bald danach in die Brüche. Hertslet kamen Zweifel, ob es klug sei, allein auf Lewis' angebliche Fähigkeit zu setzen,

⁹⁵ Kenneth G. Crawford: "The Lewis-Roosevelt Feud" in: *Nation*, Feb.24, 1940, p.272

Die andere Gruppe unterstand dem Reichsaußenministerium und operierte durch die deutsche Botschaft. Vgl. Ross, "Lewis" p.171-176

Herrscher über Millionen von Wählerstimmen zu sein. Darüber hinaus stellte er bald fest, daß Davis offensichtlich unfähig war, den Aufbau einer politischen Organisation für Lewis voranzutreiben.⁹⁷

Die deutschen Anstrengungen, die öffentliche Meinung in den USA im Sinne des Isolationismus und damit des Dritten Reiches zu manipulieren, wurden in der Folgezeit im wesentlichen von der bereits erwähnten Diplomatengruppe in der deutschen Botschaft in Washington betrieben. Unter der Leitung des dortigen Chargé d'affaires Thomsen wurde insbesondere durch die verdeckte Finanzierung von Anzeigen, die vor den Gefahren einer amerikanischen Einmischung in den europäischen Konflikt warnten, versucht, Einfluß zu nehmen. Thomsens' Einschätzung zufolge war Lewis keineswegs ein Gegner Roosevelts "... because of any pro-German sentiments, but because he fears that America's involvement in a war would mean the establishment of an American dictatorship and the placing of his organization under emergency laws."98

Lewis' Isolationismus

Entscheidend für Lewis' Isolationismus waren jedoch weniger die Furcht vor einer amerikanischen Diktatur als seine Erfahrungen als Gewerkschafter während und nach dem Ersten Weltkrieg und sein Konzept von der internationalen Rolle der USA.

Die Gewerkschaften hatten im Ersten Weltkrieg durch die Unterstützung der Wilson-Administration einiges erreicht: höhere Organisationsdichte, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, besseren Kündigungsschutz. Da die Kooperation zwischen *labor* und *government* aber nur in der (provisorischen) Kriegsbürokratie verankert und darüber hinaus dem politischen Willen einer

⁹⁷ ibid., p.172

So Thomsen in einer Lageeinschätzung für das Reichsaußenministerium, zit nach: ibid., p.176

jeden Administration unterworfen war, verlor die organisierte Arbeitnehmerschaft in den 20er Jahren viel von dem, was ihr in den Kriegsjahren zugestanden worden war. Die unternehmerfreundliche Haltung der Regierung und die Ausgrenzungsstrategie der Firmen ließen die Mitgliedschaft der Gewerkschaften im Vergleich zu 1918 bis zu Beginn der Großen Depression um 40 % abnehmen. Lewis war aufgrund dieser Erfahrungen davon überzeugt, daß die Gewerkschaften bei einem neuerlichen Kriegseintritt der USA nichts zu gewinnen hatten. Sollten die USA dennoch zu einem Krieg gezwungen sein, so sollten die Gewerkschaften erst ihre grundlegenden Forderungen erfüllen lassen, bevor sie die Regierung unterstützten.⁹⁹

Sein Konzept von der internationalen Rolle der USA ging davon aus, daß die USA, zusammen mit Kanada und den lateinamerikanischen Nachbarstaaten, einen genügend großen Wirtschaftsraum darstellten, um Massenproduktion, *economies of scale* und hohe Löhne sichern zu können. Er glaubte, daß die USA als größter Staat der westlichen Hemisphäre in der Lage sein müßten, ein wirtschaftlich und politisch autarkes Amerika zu schaffen, fernab von den Ungewißheiten des europäischen Schauplatzes.¹⁰⁰

Lewis forderte im Grunde genommen die Ausweitung des New Deal auf die gesamte westliche Hemisphere. 101. Zwischen Lewis und FDR entspann sich seit 1937 ein immer tieferer Konflikt über den Reformkurs des New Deal und die Strategie der Demokratischen Partei. Dieser Konflikt mündete in eine persönliche Auseinandersetzung zwischen FDR und Lewis, als Lewis' Ambitionen auf das Amt des Vizepräsidenten von FDR zurückgewiesen wurden

Melvyn Dubofsky: "John L. Lewis and American Isolationism" in: Schacht, John N. (ed.) *Three Faces of Midwestern Isolationism*. Iowa City, Iowa Center for the Study of the Recent History of the United States 1981 p.24, (Dubofsky, *Isolationism*); Lenburg, CIO, p.37-38

Dubofsky, *Isolationism*, p.25

¹⁰¹ Zu den Ursachen von Lewis' Isolationismus konzise: Dubofsky, *Isolationism*, pp.23-34

und Lewis in der Wahl 1940 den republikanischen Kandidaten Wendell Willkie unterstützte. ¹⁰²

Verteidigungsanstrengungen und Arbeitnehmerrechte

Lewis' immer heftiger werdende öffentlichen Attacken auf Roosevelt konnten Roosevelts Nominierung durch den Demokratischen Parteitag nicht verhindern. Wenig überzeugend war Lewis' Argumentation, Herbert Hoover habe das Land an den Rand der wirtschaftlichen Gesundung gebracht, während der New Deal die Krise verewigt habe. Forderte er nicht andererseits die Fortsetzung und Vertiefung der Errungenschaften des New Deal? Gerade in diesem Punkt bestand Einigkeit in der Führungsspitze des CIO: die im Rahmen der New Deal-Gesetzgebung schwer erkämpften politischen Gewinne der Gewerkschaften durften nicht von den Erfordernissen der Verteidigungspolitik in Frage gestellt werden. Sidney Hillman, Präsident der mächtigen Amalgamated Clothing Workers und von Roosevelt zum Arbeitnehmervertreter in der National Defense Advisory Commission (NDAC) ernannt und ein Befürworter der Wiederwahl Roosevelts, warnte im Juni vor den Gegnern des New Deal, die versuchten "... to defeat the reform legislation under the pretense of the great emergency facing the nation." Phil Murray, Vizepräsident des CIO, kleidete diese Forderung in den Imperativ: "Thou shalt not interfere with the National Labor Relations Act."103

Roosevelt war sich sehr wohl seiner politischen Verwundbarkeit bewußt und versuchte, den Befürchtungen der Arbeitnehmer entgegenzusteuern. In einem *fireside chat* zur Verteidigungspolitik versicherte er, "(there will be) no breakdown or cancellation of any of the social gains we have made in these past

Lewis hatte im Januar Roosevelt seine Unterstützung angeboten "if the vice-presidential candidate happens to be John L. Lewis." zit. nach Bernstein, p.717, vgl. auch: McFarland, Charles K.: Roosevelt, Lewis, and the New Deal, 1933-1940. Fort Worth, Texas Christian U. Pr. 1970, p.94

¹⁰³ Zit nach: Ross, *Lewis*, p.179

years." Als der *New Jersey State Relief Director* entschied, Männern im wehrdienstfähigen Alter die Auszahlung von Sozialleistungen zu verweigern, intervenierte Roosevelt persönlich und erreichte, daß die Order revidiert wurde. Auch als Louis Gompton, *Assistant Secretary of the Navy*, im Mai 1940 entgegen den Bestimmungen des *Walsh-Healey Act* die Wiedereinführung der 48-Stunden Woche in einigen Werften erlaubte, machte Roosevelt diese Entscheidung sofort rückgängig. Als Roosevelt dann schließlich doch Anfang Juli die Kriegsminister (also *Dept. of War* als auch das *Dept. of the Navy*) ermächtigte, mehr als 40 Stunden in Werften und Depots arbeiten zu lassen, tat er dies nur vorbehaltlich eines substantiellen Rückganges der Arbeitslosigkeit oder einer Notsituation.¹⁰⁴

Bereits im Oktober 1939 hatte das CIO *Executive Board* darauf hingewiesen, daß der CIO in von der Regierung eingesetzten Kommissionen vertreten sein müsse, die sich mit der Organisation der Verteidigungsanstrengungen befaßten. Das Recht auf *collective bargaining* müsse gewährleistet werden. Anfang 1940 wurde dem eine weitere Forderung hinzugefügt: Die Regierung sollte Firmen, die den *Wagner Act* verletzten, keine Verteidigungsaufträge zukommen lassen. Das Verteidigungsprogramm sollte frühzeitig dazu instrumentalisiert werden, gewerkschaftsfeindliche Unternehmen wie Ford und Little Steel gewerkschaftlich zu organisieren.

Als im Mai 1940 die National Defense Advisory Commission (NDAC) gebildet wurde, ernannte Roosevelt neben William Knudsen (General Motors) und Edward Stettinius (einem *Wall Street*-Rechtsanwalt) auch Sidney Hillman zu deren Mitglied, unter anderem auch, um innerhalb des CIO ein Gegengewicht gegen John Lewis zu schaffen. Hillman brachte eine Reihe anderer CIO-Funktionäre in die NDAC, eine Kommission, die allerdings mit wenig Kompetenzen ausgestattet war und keine effiziente Führungs- und

¹⁰⁴ Ross, *Lewis*, p.179-180

Bernstein, *Turbulent Years*, p.717

Entscheidungsstruktur hatte. Da 1940 ein Wahljahr war, lastete ständig politischer Druck auf diesem Gremium, so daß es kaum möglich war, umstrittene Fragen – wie, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Einhaltung des *Wagner-Act* zu binden - zur Entscheidung zu bringen. ¹⁰⁶

Die Perspektive eines Junktim von Verteidigungspolitik und Arbeitnehmerrechten

Die Bemühungen Hillmans zeigten jedoch zum ersten Mal die Möglichkeit der konkreten Verknüpfung der sicherheits- und außenpolitischen Prioritäten der Administration mit den gesellschaftspolitischen Zielen des CIO auf und waren deshalb für die Gewerkschaften von größter Bedeutung. Hillmans Vorstöße liefen zunächst ins Leere, da die anderen Kommissionsmitglieder darauf drängten, "prudence and careful hedging" bei den Stellungnahmen der NDAC walten zu lassen. Klugheit und Beschränkung hieß für die Arbeitgebervertreter in der NDAC: kein Junktim zwischen öffentlichen Aufträgen und Einhaltung der Bestimmungen des *Wagner Act*.

Nach einer Weile wandte sich Hillman direkt mit der Bitte um Unterstützung an Roosevelt - und erhielt tatsächlich in dieser umstrittenen Frage die Unterstützung des Präsidenten. Auf FDR's Intervention hin konnte Hillman am 31. August 1940 eine Stellungnahme der NDAC durchsetzen, in der es hieß: "...all work carried on as a part of the defense program should comply with federal statutory provisions affecting labor wherever such provisions are applicable." Dies war die Aussage, mit der Henry Ford und all die anderen, die sich noch weigerten, den *Wagner Act* anzuerkennen, in die Knie gezwungen werden konnten. Sowohl das *Dept. of War* als auch das *Dept. of the Navy* sagten ihre Unterstützung zu. 107

¹⁰⁶ Zur Einschätzung der NDAC vgl. Lenburg, CIO, p.54

¹⁰⁷ Zit. nach Lenburg, CIO, p.54

Als *Attorney General* Jackson auf Bitten Hillmans öffentlich verkündete, die Entscheidungen des *NLRB* (somit also die Bestimmungen des *Wagner Act*) seien bindendes Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, kam es zu einem Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit, die die Unterwanderung des Verteidigungsprogrammes befürchtete. Auch im mittlerweile sehr konservativen Kongreß regte sich entschlossener Widerstand. Der bekanntermaßen gewerkschaftsfeindliche Abgeordnete Howard Smith setzte die Frage auf die Tagesordnung eines Kommittees, das mit der Untersuchung der *NDAC* befaßt war.

Roosevelt trat angesichts der sich sofort regenden Opposition schnell einen geräuschlosen Rückzug an. Die betreffenden Ministerien bekamen die diskrete Anweisung, sich öffentlich von den *NDAC*-Richtlinien zu distanzieren und sich zukünftig in Zurückhaltung zu üben. Sowohl *Attorney General* Jackson als auch *Sec. of the Navy* Frank Knox und *Asst. Sec. of War* Robert Patterson erklärten, daß Armee und Marine Aufträge nur unter dem Gesichtspunkt der Produktionsgeschwindigkeit vergaben. 109

Die Episode zeigt, daß Roosevelt in zentralen Punkten dem CIO gegenüber zum Entgegenkommen bereit war, andererseits aber unter starkem politischem Druck in bezug auf das Verteidigungsprogramm stand. Das Junktim hätte die Position der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um *collective bargaining* immens gestärkt. Wenn der Vorstoß in diesem konkreten Fall auch gescheitert war, so konnte er doch eine Perspektive der Kooperation von Administration und Gewerkschaften aufzeigen. Offensichtlich war die Öffentlichkeit mittlerweile sehr besorgt um die Verteidigungsanstrengungen und räumte ihnen eine ständig steigende Priorität ein. Das enge Beziehungsgeflecht von Kongreß, Administration und öffentlicher Meinung ließen es Roosevelt in einem Wahljahr, in dem er sparsam mit seinem politischen Kapital umgehen

Josephson, Hillman pp. 519-523

Lenburg, CIO, p.54; Josephson, Hillman pp.519-523

mußte, geraten erscheinen, Machtproben mit unsicherem Ausgang nach Möglichkeit zu umgehen.

Wendell Willkie

Als die Auseinandersetzungen um die Rolle der Gewerkschaften bei der Organisation der Verteidigungsanstrengungen ihren Höhepunkt erreicht hatten, rief John L. Lewis den republikanischen Präsidentschaftsbewerber Wendell Willkie an. Lewis und Willkie trafen sich in den Morgenstunden des 29. September 1940. Was zwischen den beiden vereinbart wurde, ist im einzelnen nicht bekannt. Die vorhandenen Quellen legen nahe, daß Willkie zwar allgemeine Zusagen in bezug auf seine Sozialpolitik machte, jedoch keinerlei konkrete Zusagen gab. Willkie versprach, in einer Rede die existierende Arbeitsgesetzgebung zu akzeptieren. Dies sagte nicht viel, zeigte doch der umkämpfte *Wagner Act*, wie sehr seine Durchsetzung auch vom politischen Willen der jeweiligen Adminstration abhhängig war.¹¹⁰

Ein letztes Treffen zwischen Lewis und Roosevelt, zustande gekommen auf Initiative eines Mitarbeiters des eher widerwilligen Lewis, endete abrupt, als Lewis Roosevelt beschuldigte, Lewis' Telephon abzuhören und ihn durch das FBI beschatten zu lassen (was Roosevelt abstritt). Lewis fehlte offensichtlich der politische Wille, sich mit Roosevelt zu einigen.

Acht Tage später, am 25. Oktober 1940, verkündete Lewis in einer Rundfunkansprache, daß er von nun an Wendell Willkie in seinem Wahlkampf gegen Roosevelt unterstützen werde. Diese an sich schon dramatische Ankündigung war dem zur Theatralik neigenden Lewis offenbar nicht genug. Wenn, so Lewis, das amerikanische Volk Roosevelt wiederwählen werde, müsse er dies als Mißtrauensvotum der CIO-Mitglieder betrachten und zurücktreten. Roosevelt sei ein Aristokrat, der die USA in den Krieg führe und

_

¹¹⁰ Ich folge der Darstellung bei Ross, *Lewis*, p.184

mit Waffenproduktion die Konjunktur ankurbeln wolle. Wendell Willkie hingegen sei ein Mann des Volkes.¹¹¹

Mit dieser Haltung stand Lewis sehr allein. Im Juli 1940, zur Zeit der *Democratic Convention*, waren selbst enge Vertraute von Lewis, wie der Vizepräsident und der Schatzmeister der UMW, Philip Murray und Thomas Kennedy, nicht auf dessen Anti-Roosevelt Kurs zu bringen. Die Unterstützung eines GOP-Kandidaten war auch für viele Linke in den Gewerkschaften Anathema. Sie mochten zwar die Außenpolitik Roosevelts ablehnen und seine Innenpolitik kritisieren, doch ein GOP-Kandidat war in ihren Augen keineswegs das kleinere Übel.¹¹²

So sahen dies auch die weitaus meisten CIO-Mitglieder. Willkies Versuche, in die Arbeiterhochburgen der Demokraten einzubrechen, scheiterten schon im Wahlkampf kläglich. In Industrieregionen wie Chicago und Michigan wurde er mit eisigem Schweigen begrüßt oder ausgebuht. In Pontiac, Michigan, wurde er mit Eiern beworfen und in Toledo hielten Arbeiter Plakate mit der Aufschrift: "Win What With Willkie?" und auch: "To Hell With Willkie". 113 Roosevelt gewann die Wahl 1940 gerade in diesen Ballungs- und Industrieregionen. Etwa 79 % der CIO-Mitglieder stimmten für Roosevelt. Während Roosevelt insgesamt immerhin 6% weniger Wählerstimmen bekam als 1936, verlor er bei CIO-Mitgliedern nur 2-3%. 114

Die Mitglieder des CIO hatten nicht nur Lewis zurückgewiesen, sondern Roosevelt bestätigt. Innenpolitisch waren sie an den New Deal gebunden und sahen zu Roosevelt keine Alternative. Außenpolitisch setzten sie diese Bindung

Lewis Rede ist wiedergegeben in der New York Times, 26.10.1940, p.12

¹¹² Lenburg, *CIO*, p. 56

Leuchtenburg, William E.: *Franklin D. Roosevelt and the New Deal.*, 1932-1940. New York et al., Harper & Row 1963, p.320 (Leuchtenburg, Roosevelt)

Bernstein, Irving: "John L. Lewis and the Voting Behavior of the CIO", in: *Public Opinion Quarterly*, June 1941, p.245

in einen Vertrauensvorsprung um. Van Bittner, ein CIO-Funktionär vom sozialdemokratischen - also rechten - Flügel, verlieh diesem Grundvertrauen Ausdruck, als er auf der 1939er Convention die Delegierten aufforderte, FDR's Außenpolitik zu unterstützen "...(because) he knows more about the conditions with respect to foreign policies than any other man living in this country."¹¹⁵ Die Mehrheit der CIO-Mitglieder sah durch den europäischen Krieg zwar amerikanische Interessen potentiell gefährdet und befürwortete deshalb die Hilfe an die Alliierten, wollte aber keine direktere Verwicklung der USA - eine Haltung, die sie mit der Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit teilte. ¹¹⁶ Roosevelts Aufwertung Hillmans durch dessen Berufung in die *NDAC* konterte überzeugend Lewis' Vorwürfe, FDR sei ein Gewerkschaftsfeind. Hillman wiederum konnte durch eine kooperative Haltung gegenüber der Administration hoffen, unter günstigeren politischen Umständen das Rüstungsprogramm zur Durchsetzung des *Wagner Act* zu instrumentalisieren. Doch der CIO war gespalten und steckte in der tiefsten Krise seit seinem Bestehen.

Zusammenfassung

Lewis' Verhalten ist gesellschaftspolitisch kaum zu verstehen. Bei aller Enttäuschung über den Stillstand des Reformprogrammes gab es für die Gewerkschaften zum New Deal keine Alternative. Lewis hatte nur vage Zusagen Willkies, den *status quo* des New Deal anzuerkennen, wobei äußerst fraglich ist, ob Willkie seine Wahlversprechen gegen den Klienteldruck aus der Republikanischen Partei hätte einhalten können. Außenpolitisch bezichtigte Willkie Roosevelt zwar der Kriegstreiberei, doch ironischerweise war er auf diesem Gebiet ebensoweit von Lewis entfernt wie dieser von Roosevelt; forderte er doch in seiner letzten großen Wahlkampfrede "... all possible aid to the heroic British people". 117 Lewis und Willkie hatten nur eines wirklich gemeinsam: Den Wunsch, Roosevelt zu besiegen.

¹¹⁵ Conv. Proc., 1939 p.108, Lenburg, CIO, p.52

Leuchtenburg, Roosevelt p.324

²¹¹⁷ Zit nach: Ross, "Lewis" p.186

Oft ist auf das persönliche Zerwürfnis zwischen Roosevelt und Lewis - zweier "unforgiving personalities" - hingewiesen worden. Zeitgenössische Beobachter bemerkten, daß Lewis immer Schwierigkeiten gehabt habe, zwischen "labor and himself" zu unterscheiden. Seiner Rücktrittsdrohung haftet ein Zug der Selbstüberschätzung und des Trotzes an. Wichtiger noch als der Konflikt der beiden Personen Lewis und Roosevelt ist der Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen Politikkonzepten - interessanterweise beide zuzeiten repräsentiert von John L. Lewis.

Weit davon entfernt, die Tragweite der Veränderungen zu erkennen, die er selbst mit in die Wege geleitet hatte, fiel Lewis auf das zurück, was er vor der Gründung des CIO und der politischen Einbindung des CIO in die New Deal Koalition gewesen war: ein ganz normaler Gewerkschaftsboss, der "seine" Gewerkschaft als sein persönliches Fürstentum betrachtete, dort auch ebenso autokratisch herrschte und nach den Regeln des Voluntarismus Politik machte. Seine Enttäuschung über Roosevelts Unwillen, gegen alle Widerstände die Interessen des CIO zu vertreten, wirft ein Licht darauf, wie er die New Deal Koalition betrachtete. In den Worten eines - gewerkschaftsfreundlichen - zeitgenössischen Beobachters: "He put \$ 550,000 into the 1936 campaign, and thought he was buying a partnership in the Presidency." Als er die Leistung nicht erfüllt sah, glaubte er, in voluntaristischer Tradition aus der Koalition ausscheren zu können, um seinen politischen Handlungsspielraum wiederzugewinnen. 121

¹¹⁸ I.F. Stone: "The Lewis-Willkie Pact" in: *Nation*, November 2, 1940 (Stone, "Willkie"); Lenburg, CIO p.56;

So Stone, "Willkie", p.413

¹²⁰ Stone, "Willkie", p.413

¹²¹ T.R.B.: "Does Papa Love Mama?" in. *The New Republic*, Jan. 12, 1940, pp. 210-211

Dabei übersah er erstens, wie eng seine eigene Politik seine Gewerkschaftsmitglieder an die demokratische Partei gebunden hatte. Der CIO war Teil der Demokratischen Wahlkampfmaschine geworden. Zweitens fehlte eine glaubwürdige Alternative zum New Deal, mit der man als Gewerkschafter mit Aussicht auf Erfolg koalieren konnte. Drittens war aus dem erworbenen Vertrauen in die Innenpolitik Roosevelts ein Vertrauensvorschuß in dessen Außenpolitik geworden.

Wie die Episode mit Davis und Hertslet zeigt, wandte Lewis die Regeln des Voluntarismus auch auf die Außenpolitik an. Weit davon entfernt, den Nationalsozialismus gutzuheißen (was ihm auch von deutscher Seite bestätigt wurde), betrachtete er die deutsche Regierung als Verbündeten auf Zeit, eine *one-issue-alliance*, die auf die Wahlniederlage Roosevelts gerichtet war. Daß Lewis zu einer Zeit, in der die deutschen Armeen bereits sieben europäische Länder überfallen hatten, über einen Verhandlungsfrieden auf der Grundlage der deutschen Forderungen sprach, *mußte* ihn in Roosevelts Augen außenpolitisch diskreditieren. Lewis konnte sich offensichtlich keine europäische Mächtekonstellation vorstellen, die das amerikanische Interesse und letztlich auch das der amerikanischen Arbeiter berührt hätte. Dem gegenüber begannen weite Teile des CIO, besonders des sozialdemokratischen Flügels, mit der sich entfaltenden Dynamik der Ereignisse in Europa auch ihre Bedrohungswahrnehmung zu ändern.

Bernstein, Irving: "John L. Lewis and the Voting Behavior of the CIO", in: *Public Opinion Quarterly*, June 1941, p.245, beschreibt auf der Grundlage von Umfragen, daß Lewis' Werben für Willkie an den weitaus meisten CIO-Mitgliedern spurlos vorüberging.